

Fraktionsantrag

Stadt Emmendingen
Stadtratsfraktion
Bündnis 90/ Die Grünen



Stadtverwaltung Emmendingen
Oberbürgermeister Stefan Schlatterer
Landvogtei 10
79312 Emmendingen

Emmendingen, 11.07.2017

Sitzung des Hauptausschusses am 11. Juli 2017, Top 5 Vorlage 0803/17

Antrag zur Vorberatung im Hauptausschuss und zur anschließenden Behandlung im Gemeinderat:

Als Mindestanforderung bei der Vergabe der städtischen Grundstücke Flst.-Nr. 1383 und 1392 soll die Stadtverwaltung von allen Kaufinteressenten grundsätzlich einen Anteil von 30% Sozialwohnungen an den zu realisierenden Wohnbauflächen für die Dauer von mindestens 30 Jahren verlangen.

Begründung:

Die Stadt Emmendingen verlangt seit diesem Jahr von Investoren, die auf privaten Grundstücken bauen wollen und für deren Bauprojekte die Stadtverwaltung Bebauungspläne erstellt, einen festen Anteil an sozialem Wohnraum. Bei den beiden Flurstücken mit dem Telekomgebäude handelt es sich um städtische Grundstücke. Damit ist die Stadt in der besonderen Verantwortung ihren Bürgerinnen und Bürgern gegenüber, auf ihrem eigenen Grundstück für sozialen Wohnungsbau zu sorgen.

Der Bedarf an Sozialwohnungen wird in den kommenden Jahren voraussichtlich weiter steigen. Deshalb sollte die Bindung für Sozialwohnungen so lange wie möglich sein. Das Land Baden-Württemberg hat diese Notwendigkeit erkannt und bietet mit dem neuen Förderprogramm "Wohnungsbau BW 2017" seit April 2017 die allgemeine soziale Mietwohnraumförderung landesweit an. Als Gegenleistung kann nun auch eine Bindungsdauer von 30 Jahren gewählt werden.

Die Ministerin für Wirtschaft, Arbeit und Wohnungsbau, Frau Dr. Hoffmeister-Kraut erläutert dazu „Wir müssen versuchen, dem Abschmelzen bestehender Sozialbindungen nicht nur durch deren Neubegründung, sondern auch durch längere Miet- und Belegungsbindungen entgegenzuwirken.“

Die Fraktionsvorsitzende